

Rede zum Haushalt 2025

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Balverinnen und Balver.

„Isch over“, hätte Wolfgang Schäuble wohl zum derzeitigen Zustand der Bundesrepublik Deutschland gesagt.

Egal wo man hinschaut, allergrößte Probleme in allen Politikfeldern. Wir sind im dritten Jahr des Krieges in Europa, im Januar tritt Donald Trump zum zweiten Mal sein Präsidentenamt an, und Russland bedroht weiterhin seine Nachbarn.

Viele deutsche Landsleute glauben dem Imperialisten Putin seine Lügenmärchen, und wählen aus Trotz, Unwissen oder auch Überzeugung dementsprechend in großer Zahl Parteien aus dem extremen Spektrum.

Wirtschaftlich ist Deutschland der kranke Mann Europas. Wir sind das Schlusslicht Europas in der wirtschaftlichen Entwicklung. Das statistische Bundesamt titelt dazu: Deutschland zwischen Rezession und Stagnation!

Und dabei brauchen wir das Geld heute umso mehr! Die Soziallasten erdrücken uns, gleichzeitig muss die Transformation von fossilen Brennstoffen hin zu klimaschonenden erneuerbaren Energien gestemmt werden und aufgrund der russischen Bedrohung müssen wir eigentlich den Verteidigungsetat verdoppeln. Gleichzeitig geht die Wirtschaft in den Keller, so dass dem Staat insgesamt die Einnahmen wegbrechen.

Man muss dabei nüchtern feststellen, dass Teile der deutschen Wirtschaft nicht mehr ausreichend wettbewerbsfähig sind. Sicherlich eine Folge erfolgreicher Lobbytätigkeit, bloß keinen Fortschritt zu fördern. Die Chinesen und Amerikaner lachen uns dabei aus.

Das soll heute zur Bestandsaufnahme der globalen Rahmenbedingungen reichen. Insgesamt stehen wir also vor großen Herausforderungen.

Bevor ich auf Balve komme, ein kurzer Blick auf den Märkischen Kreis. Wie gut, dass der Landrat aus Mellen kommt. Dort kann man sehen und staunen, wie schnell Radwege und neue Straßen von und nach Mellen gebaut werden können, wenn man denn will. Neuerdings wird sogar durch die Verkehrsüberwachung des Kreises in Mellen geblitzt. Wahrscheinlich ist die Ortsmitte von Mellen wohl ein Unfallschwerpunkt, aber was weiß ich schon davon.

Damit sind die guten Nachrichten aus dem Lüdenscheider Kreishaus eigentlich auch schon fast zu Ende.

Finanziell bahnt sich beim Kreis ein Desaster an. Da der Kreis über keine eigenen Steuern verfügt, bekommt er sein Geld ausschließlich durch Umlage von den kreisangehörigen Kommunen.

Der Kreiskämmerer spricht beim 2025er Haushalt nur in Superlativen. Ausgaben von 842 Millionen stehen Einnahmen von nur 821 Millionen gegenüber. Ein Minus von 21 Millionen. 2026 hat dann der Kreis sein komplettes Eigenkapital aufgebraucht und dann wird es für die Kommunen richtig teuer. Aber dann ist die Wahl in 2025 ja bekanntlich gelaufen.

Sicherlich leitet der Kreis einen großen Teil seines Geldes an den Landschaftsverband weiter, (157,5 Millionen), und dieser Beitrag steigt enorm, von 135 Mio in 2023 auf 190

Mio in 2028, und es sind vor allem die Sozialausgaben, die $\frac{3}{4}$ der gesamten Kreisumlage ausmachen, aber, viele Probleme sind auch hausgemacht.

Da ist zuerst das Millionengrab Kreiskrankenhaus. Nachdem im Sommer auch noch Asbest gefunden wurde, und das Krankenhaus seit mehr als 10 Jahren kein genehmigtes Brandschutzkonzept besitzt, werden die geplanten Sanierungskosten von 153 Millionen € wohl nicht reichen. Einige Kommunen des Märkischen Kreises klagen ja bekanntermaßen gegen den Kreis, ob dieses Missmanagement tatsächlich von den kreisangehörigen Städten getragen werden muss.

Bei dem anderen kreisangehörigen Betrieb, der Märkischen Verkehrsgesellschaft, sieht es auch nicht viel besser aus. Die Aufwendungen dafür waren in 2022 noch 20,8 Mio und steigen bis 2028 auf 43,4 Mio, somit mehr als eine Verdopplung. Aber man will jetzt eine Standard Diskussion führen. Ich frage mich: warum denn eigentlich jetzt erst?

Natürlich hätte jeder gerne ein funktionierendes und dichtes ÖPNV Netz, aber das muss auch irgendwie finanziert werden. Und wir in Balve finanzieren die MVG fleißig mit, obwohl man hier bei uns die Buslinien an einer Hand abzählen kann. Gottseidank gibt es hier noch den Bürgerbus mit seinen engagierten Ehrenamtlern.

Nun zum Balver Haushalt. Als Hans-Jürgen Karthaus letztes Jahr an gleicher Stelle seinen letzten Haushalt eingebracht hatte, war der Gewerbesteueransatz mit fast 10 Mio nach Bewertung der Meisten hier im Rat sehr optimistisch. Tatsächlich werden wir wohl bei der Abrechnung von 2024 mit der Rekordsumme von irgendwas um die 12 Mio rauskommen. Sicherlich höchst erfreulich, aber verstetigt sich das auch oder bleibt das eine Eintagsfliege? Das ist seriös kaum zu prognostizieren, und es bleiben die strukturellen Probleme.

Auf den Punkt gebracht bedeutet dies, dass wir auf absehbare Zeit keinen ausgeglichenen Haushalt mehr hinbekommen werden, es sei denn es passiert wieder ein Wunder bei der Gewerbesteuer so wie dieses Jahr.

Bei der Haushaltsentwicklung ist es im Übrigen auch unerheblich, wieviel Geld wir auf der hohen Kante haben, z.B. aus der Übertragung des Kanalnetzes. Entscheidend ist nur, ob wir laufende Kosten durch laufende Einnahmen decken können, und das können wir eben nicht!

Und dabei sind es vor allem zwei Aufwandsarten, die uns davonlaufen. Einmal die eben schon angesprochene Kreisumlage, das andere sind die Personalkosten.

Es ist natürlich populär, immer aufs Personal zu schimpfen und eine überbordende Verwaltung zu beklagen, aber bei über 400 Flüchtlingen braucht es nun mal mehr Hausmeister und auch mehr Sozialarbeiter für die Betreuung.

Außerdem sind die steigenden Personalkosten vor allem durch die höheren Tarifabschlüsse verursacht worden. Aber bei Inflationsraten von um die 9 % in den letzten Jahren habe ich auch hohes Verständnis für die Anpassung der Gehälter für die städtischen Beschäftigten.

Soll die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht zu weit auseinandergehen, dann müssen die Erträge mindestens gleich bleiben oder sogar steigen.

Wobei wir jetzt bei der Grundsteuer B wären.

Diese bringt der Stadt gut 2,8 Mio jedes Jahr. Vor bereits 6 Jahren, also 2018, hatte das BVerfG entschieden, dass die Bemessung über die Einheitsbewertung verfassungswidrig war.

Was war der Hintergrund. In Westdeutschland von 1964 beginnend sollten alle 10 Jahre die Finanzämter den Grundstückswert bemessen und feststellen. Im Bereich der ehemaligen DDR stammten diese Daten noch aus der Zeit des Deutschen Reiches, nämlich von 1935.

Dieser Bemessungsrhythmus hat aber eigentlich nie stattgefunden. Dazu muss man wissen, dass die Finanzämter, dort arbeiten Landesbeamte, wenig Interesse an dieser Arbeit hatten, da die Grundsteuer ausschließlich den Kommunen zufließt, und hier die Finanzämter nur eine Serviceleistung übernehmen, wo sie selber bzw. das Land nichts von haben.

Im Ergebnis gibt es jetzt eine unübersehbare Anzahl von aktuellen bis hin zu alten aus 1964 stammenden Einheitswerten. Von daher war das Urteil des BVerfG keine Überraschung. Seit mehreren Jahren erheben jetzt die Finanzämter die Einheitswerte also neu. Dabei tut sich das nächste Problem auf, da sie sich vor allem an den Bodenrichtwerten orientieren. Auf dieses rechtliche Problem will ich heute aber nicht eingehen.

Tendenziell kann man aber sagen:

- Die Bemessung vor allem für Geschäftsgrundstücke und Objekte sinkt deutlich
- Die Bemessung für neuere Wohngebäude bleibt etwa gleich
- Die Bemessung für alte Wohngebäude steigt erheblich, da i.d.R. inaktuell
- Es treten viele Softwarefehler auf
- Ein differenzierter Hebesatz zwischen Wohngebäuden und Gewerbeobjekten hat erhebliche rechtliche Risiken

Somit besteht jetzt folgendes Problem:

Bei Beibehaltung des derzeitigen Hebesatzes von 675%, multipliziert mit den neuen Messbeträgen ergibt dies ein Steueraufkommen der Grundsteuer B von knapp 2 Mio, somit 800.000,-€ weniger als mit den alten Messbescheiden.

Zur Wahl stehen dabei zwei unzumutbare Optionen:

Entweder wird das Wohnen teurer oder man belastet die Wirtschaft und geht dabei erhebliche rechtliche Risiken ein.

Und da gehen die Meinungen der Parteien hier im Balver Rat auseinander. Die CDU sagt, für uns ist Aufkommensneutralität sehr wichtig, Daher müssen auf jeden Fall 2,8 Mio in die städtische Kasse. Koste es, was es wolle. Also einen Hebesatz von 950%, wie ihn die Verwaltung vorschlägt.

Im Prinzip sehen wir das genauso. Vor allem aber wollen wir, das Geschäftsgrundstücke und Wohngrundstücke differenziert besteuert werden. Das haben andere Kommunen so bereits schon entschieden, aber ! sie gehen dabei in ein sehr hohes rechtliches Risiko. Von daher halten wir es für falsch, das schon dieses Jahr so zu beschließen. Dazu muss erst einmal Rechtssicherheit hergestellt werden. Von daher würden wir den jetzigen Hebesatz auch anheben aber nur maßvoll, und zwar nur so hoch wie nötig.

Was bedeutet das?

Die Stadt hat dieses Chaos bei der Einführung der neuen Messbescheide nicht zu verantworten, die Bürger aber auch nicht!

Von daher wäre es klug und angemessen, wenn sich Stadt und Bürger den Fehlbetrag teilen.

Wir schlagen daher einen Hebesatz von 800 vor.

Warum gerade 800. Überparteiliches Ziel hier im Rat, ist die Verwirklichung des kommenden Stadtentwicklungskonzeptes für Balve. Würden wir jetzt, so wie es die SPD vorschlägt, den Hebesatz bei 675 belassen, würden wir planerisch bei der derzeitigen Haushaltssystematik in die Haushaltssicherung reinlaufen, da wir dann rechnerisch in zwei darauffolgenden Jahren die 5% Fehlbetragshürde reißen würden. Durch die Haushaltssicherung wären aber die Maßnahmen des Stadtentwicklungskonzeptes hoch in Gefahr, von daher halten wir diesen Vorschlag für verantwortungslos zumal wir ja gerade heute noch wichtige investive Entscheidungen in dieser Sache treffen wollen.

Bei einem Hebesatz von 800 besteht die Gefahr der Haushaltssicherung nicht, und im Gegensatz zum Vorschlag der CDU von 950 wird die finanzielle Mehrbelastung nicht nur einseitig und unsozial auf den Rücken der Bürger abgewälzt.

Wie sind die weiteren Perspektiven für den Haushalt.

Wie eingangs gesagt, sind durch die allgemeinen wirtschaftlichen Probleme einerseits, andererseits durch die rasant steigenden Sozialausgaben große Risiken im Haushalt enthalten. Allerdings gibt es auch kleine Hoffnungsschimmer. Leider, muss ich dazu sagen.

Es geht natürlich um Windräder. Ich mache keinen Hehl aus meiner Meinung, dass mir auch deutlich weniger als die 32 geplanten Windenergieanlagen auf den Höhen des Balver Waldes gereicht hätten. Dazu kommen ja noch weitere an anderen Stellen hier in Balve. Das Dilemma zwischen Umweltschutz auf der einen Seite (sprich: erneuerbare Energieanlagen) und Umweltschutz auf der anderen Seite (sprich: intakte Natur), nur für die Windenergie und auf Kosten der Natur aufzulösen halte ich bei Abwägung für falsch.

Aber diese Windenergieanlagen bringen zukünftig viel Geld in die städtische Kasse. Und nicht nur da. Auch Balver Stiftungen profitieren erheblich von weiteren Zuwendungen und damit auch mittelbar die Bürger.

Auch für die Stadt unmittelbar hoffe ich bei den Windrädern auf Teilnahme- und Investitionsmöglichkeiten, also auf gute Geschäfte mit der Windenergie.

Was mir aber noch Sorgen macht, sind die Teilnahmemöglichkeiten der Bürger. Nachrangdarlehen sind natürlich ein Angebot, aber vor allem braucht es billigen Strom für alle Bürger hier in Balve.

Meiner Meinung nach kann nur über attraktive Bürgerbeteiligungen die nötige Akzeptanz für diese Landschaftszerstörung hergestellt werden.

Viele Menschen werden den Anblick der Windparks bestimmt besser ertragen, wenn sie selber davon profitieren als mit der Vorstellung, dass sich nur Wenige aber dafür richtig die Taschen mit Geld vollmachen.

Zum Schluss noch zwei kleinere Details im Haushalt:

Das von uns schon mehrfach kritisierte Helfergeld ist natürlich auch wieder im Haushalt eingestellt. Damit sollten dann ja wohl die Beliebtheitswerte der Ortsvorsteher steigen und sich trefflich Wahlkampf machen lassen.

Nicht unerwähnt bleiben sollten auch die 25.000,-€ für den Denkmalschutz. Bekanntermaßen gab es ja bei der Abbruchentscheidung der Kornmühle nur ein von uns kritisierendes und parteiisches Gutachten des Eigentümers. Mit diesem Geld können jetzt eigene Gutachten für die Stadt beauftragt werden. Vor allem aber darf uns nie wieder ein Denkmal verloren gehen!

Zum Abschluss noch eine Bitte:

Nächstes Jahr ist ein besonderes Wahljahr. Schon im Februar 2025 eine außerplanmäßige Bundestagswahl und dann im September die Kommunalwahl. Lassen sie uns bitte einen fairen Wahlkampf führen und nicht wie vor 5 Jahren der Ortsvorsitzende der CDU, Herr Sauer, absprachewidrig über die Nachnutzung der

alten Hauptschule zu fabulieren, als wäre es sein oder der CDU Balves Privatbesitz. Und wie man bei der Hauptschule sehen kann, holen einen solche Aussagen dann später schnell wieder ein. Große Teile der Hauptschule stehen noch und wir wissen heute, selbst 5 Jahre später noch nicht einmal was und wie wir dort bauen wollen!

Zum Ende meiner Rede möchte ich mich an dieser Stelle für die konstruktive Zusammenarbeit im Rat und den Ausschüssen bedanken.

Zu guter Letzt geht mein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr. Wir sagen Danke für die gute Beratung, Vorbereitung und Umsetzung der Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse.

Mein letzter Dank geht heute aber an den scheidenden allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters, Michael Bathe, der heute an seiner letzten Ratssitzung teilnimmt, für seine zurückhaltende und fachlich sehr gute Arbeit. Besonders aber für seine stets freundliche, wertschätzende, offene und unparteiische Beratung. Herzlichen Dank Herr Bathe und einen guten Einstieg in einen möglichst langen Ruhestand!

Lorenz Schnadt

UWG-Fraktion Balve